



STELLUNGNAHME DER CDU-FRAKTION ZUM HAUSHALT 2016

Reichelsheim, zum 15.12.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen.

Lassen Sie mich zunächst der Stadtverwaltung um Frau Brückner und Herrn Wenisch danken, die auch in diesem Jahr viel Zeit in die Aufstellung des Haushalts investiert haben und den Ausschusssitzungen kompetent wie eh und jeh Auskunft erteilt haben. Ausdrücklich möchte ich auch die konstruktive Diskussion in den Ausschüssen erwähnen.

MUT UND PERSPEKTIVE

"Albert Einstein hat einmal gesagt 'Das Leben ist wie Fahrrad fahren, um die Balance zu halten musst du in Bewegung bleiben.' Für uns als CDU Fraktion steht jeder Haushalt unter der Prämisse: Es muss voran gehen! Die Fähigkeit zur Formulierung und Umsetzung zukunftsorientierter Konzepte entscheidet über die Fähigkeit der Stadt, sich auch künftig im immer stärker werden Wettbewerb unter den Kommunen zu positionieren. Deshalb ist es entscheidend, diesen Weg auch im Haushalt mutig zu gehen.

Und dieser Haushalt beweist Mut und Perspektive im einem schwierigen Umfeld. Und dies hat viel damit zu tun, dass uns durch den Gesetzgeber immer mehr Lasten auferlegt werden, ohne dass uns die hierfür nötige Finanzausstattung zur Verfügung steht.

IMMENSE HERAUSFORDERUNGEN

Zudem steht die Stadt vor den immensen Herausforderungen der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Aus dem Bundeskanzleramt hört man „Wir schaffen das!“ Aus Reichelsheimer Sicht frage ich: „Wer soll das schaffen?“ Denn Berlin schafft nichts, wenn es die Kommunen wie Reichelsheim nicht schaffen. Die Probleme werden auch hier auf die kommunalen Einheiten abgewälzt, werden gelöst von engagierten Mitarbeitern der Stadtverwaltung und liegen in den Händen unzähliger freiwilliger Helfer vor Ort. Hierfür sage ich an ausdrücklich Danke und spreche allen den Respekt der CDU-Fraktion aus.

Betrachtet man die Haushaltszahlen, so werden Kosten von 480.000 Euro für die Anmietung von Gebäuden, Personalkosten und Integrationsbeihilfen eingestellt, die Kostenerstattung

wird mit gerade 91.000 Euro beziffert. Bei Verabschiedung des Haushalts weiss niemand, mit wie vielen Flüchtlingen wir zu kalkulieren haben, wie hoch das Defizit am Ende des Jahres sein wird. Der Haushalt ist bereits Makulatur bevor er überhaupt verabschiedet ist. Wir erwarten vom Gesetzgeber nicht nur mehr Planungssicherheit, wir erwarten auch eine adäquate Kostenbeteiligung. Nur so können wir es überhaupt schaffen. Und: Wie sollen wir über Dorfentwicklungskonzepte oder Leerstandskonzepte reden, wenn wir die Dimension der hieraus entstehenden langfristigen Herausforderungen nicht ansatzweise abschätzen können?

Auch sind die immensen Verbesserungen in der Kinderbetreuung bei U2 und U3 Bereich eine gesamtstaatliche Aufgabe. In der Realität übernimmt die Kommune den Löwenanteil dieser Zusatzkosten, insbesondere im Personalbereich.

Und ein letzter Punkt in diesem Zusammenhang: Kreis- und Schulumlage stehen nach wievor auf Rekordniveau.

Immerhin gibt es einige Silberstreifen am Horizont:

Der Bund hat Mittel in Milliardenhöhe zur Entlastung der Kommunen für den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung bereitgestellt, wie sich in den erhöhten Schlüsselzuweisungen von 320.000 Euro ablesen läßt. Auch hat die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs zu Mehreinnahmen von 187.000 Euro geführt. Zudem plant die Landesregierung den Kreisen rund 100 Mio. rückwirkend für 2015 und 110 Mio. Euro in 2016 zusätzlich für die Unterbringung von Asylbewerbern zur Verfügung zu stellen. Den Kreisen wohlgemerkt, wieviel davon bei der Stadt ankommen, wir dürfen gespannt sein.

Es zeigt sich: Immer dann wenn wir auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt sind, werden wir mit neuen Vorgaben und damit neuen Finanzlöchern konfrontiert. Ein Perpetuum Mobile der kommunalen Finanzwirtschaft.

Die Folge: erneut müssen wir massive Erhöhungen bei den Grund- und den Gewerbesteuern beschliessen. Da wirkt die Rücknahme der Gebührenerhöhungen für die Nutzung der Bürgerhäuser wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Die SPD Fraktion sprach vor einem Jahr davon, das Ende der Fahnenstange sei erreicht. Auch bei uns wird die Aufwärtsspirale von Gebühren und Steuern nur mit erheblichem Widerwillen betrachtet. Doch was ist die Konsequenz? Wollen wir einen ungenehmigten Haushalt riskieren? Die kommunale Selbstverwaltung scheint in dieser Spierale gefangen zu sein.

RECHNEN MIT SPITZEM BLEISTIFT

Denn noch immer ist der Haushalt defizitär. Ich möchte hier nicht mit spitzem Bleistift vorrechnen, dass eine adäquate Finanzausstattung bei der Flüchtlingsbetreuung die Erfordernis von Steuererhöhungen in weit geringerem Maße gegeben wäre. Aber in genau dieser Situation erwartet der Bürger, dass wir mit spitzem Bleistift rechnen und neben der Einnahmenseite auch auf die Ausgabenseite blicken.

Wir können nicht nachvollziehen, warum angesichts dessen ein Dorferneuerungskonzept beschlossen wird, nachdem der fast kleinste Stadtteil mit dem schicksten Bürgerhaus ein zweites Gemeinschaftsgebäude benötigt. Selbst in Blofeld wird diese Diskussion mehr als kontrovers geführt, von anderen Stadtteilen ganz zu schweigen. Eins ist richtig: 50, 35, 25 Jahre nach dem Bau von Bürgerhäusern muss überprüft werden, ob ein Raumabgebot noch der Nachfrage entspricht. Wir haben darauf reagiert und immer wieder Gelder zur Verfügung gestellt. Und die CDU-Fraktion hatte dies auch für Blofeld im Sinn, wenn die dortige Raumplanung in ein überzeugenderes Konzept gebettet worden wäre. Konsequenterweise lehnen wir den Investitionshaushalt 2016 ab.

Unsere Gestaltungsmöglichkeiten sind begrenzt, aber sie werden durch den Kämmerer und die Verwaltung erkennbar genutzt. Wir müssen weiter konsolidieren, aber wir sparen uns nicht kaputt. Die sogenannten freiwilligen Leistungen machen nur einen kleinen Teil des Gesamthaushalts aus. Ein Verzicht auf diese Leistungen wäre aber wie ein Stich ins Herz der Vereine und des gesamten gesellschaftlichen Engagements. Dies zu erhalten, ist für uns die Maxime jeglichen Handelns.

ZUKUNFTSGERICHTETES HANDELN

Der Haushalt ist in vielerlei Hinsicht zukunftsgerichtet:

- Reichelsheim baut seinen Status als familienfreundliche Stadt aus. Das Ganztagsbetreuungsangebot in der Grundschule im Ried wird optimiert, für die Kinder beteiligen wir uns mit 300.000 Euro an den Kosten für einen Mensabau – **das** ist eine ädäquate Kostenbeteiligung. Die U2-Betreuung wird zudem intensiviert, um in allen Stadtteilen eine Betreuung der Einjährigen anzubieten.
- Auch an die ältere Generation wird gedacht. Stadtverordnetenversammlung und Haupt- und Finanzausschuß haben erste Modelle eines Seniorenheims mit betreutem Wohnen im Neubaugebiet Wecksheim diskutiert. Wenn auch nicht für die heutige Abstimmung relevant, werden hier die Herausforderungen in Angriff genommen. Das Baugebiet Weckesheim wird ein Meilenstein. Wohngebiet, Gewerbegebiet, Sozialstation, Pflegeheim, betreutes Wohnen – wohl selten zuvor hat die Erschließung eines Baugebiets gezeigt, wie sehr die Stadt Reichelsheim sich auf die Fragen von Gewerbeentwicklung, sozialer Verantwortung und demographischen Wandel fokussiert.
- Es werden erste Mittel für ein zukunftsweisendes Konzept für die Stadtteilfeuerwehren bereit gestellt.
- Und nicht zu vergessen: Es werden ebenfalls erste Mittel für die Entwicklung des Bergwerksees eingestellt. Das vorliegende Gutachten läßt unserer Ansicht nach nur einen Schluß zu, nämlich die Umsetzung des von der CDU 2012 mit den Bürgern entwickelten Konzepts der sanften Naherholung. Vielleicht gelingt es jetzt, die Entwicklung des Sees endlich voranzutreiben und im kommenden Jahr einen Konsens zu finden. Dann können vielleicht auch die Mehrheitsfraktionen ihre für den 1.7.2013 propagierte Eröffnung der Badesaison nachholen.

Es wäre schön, wenn die Entwicklung des Sees trotz dieser rekordverdächtigen unendlichen Geschichte ein ähnliches Happy End nehmen würde wie das gerade nach vergleichbarer unendlicher Geschichte beschlossene Friedhofskonzept. Und damit auch der

Beratungsmarathon des Jahres 2016 in den städtischen Gremien ein größtmögliches Happy End nimmt, werden wir dem Haushaltsplan in allen Einzelabstimmungen mit Ausnahme der Investitionsplanung zustimmen.